

WIR KÖNNEN ERKRATH – DU AUCH!

Die Arbeit der *BmU*-Fraktion im Erkrather Stadtrat



sowiedu-bmu.de

BmU - Bürger mit Umweltverantwortung e.V. -
Unabhängige Wählergemeinschaft für Erkrath





WIR LEGEN RECHENSCHAFT AB

Die *BmU* ist eine unabhängige Wählergemeinschaft, die seit 1988 im Erkrather Stadtrat vertreten ist. Als e.V. geben wir jedes Jahr einen Rechenschaftsbericht ab, den wir Ihnen hier zum Einblick in unsere Arbeit kurz darstellen möchten.

Aufgrund der die Corona-Pandemie war die *BmU* gezwungen, analoge Bürgerkontakte durch Informationsstände oder sonstige Veranstaltungen zu meiden oder zu reduzieren. Die *BmU* nutzt vor allem für die Fraktionssitzungen überwiegend digitale Konferenztechnik. Am 30. Mai 2022 fand zum ersten Mal die Jahreshauptversammlung der *BmU* wieder in Präsenz statt. Drängende Erkrather Themen wurden hier angesprochen und das wollen wir auch mit dieser Broschüre: Informieren, zu Diskussionen anregen und Lösungen finden.

Vertiefere Informationen zu den hier genannten Punkten und weitere Themen sowie alle Rechenschaftsberichte der vergangenen Jahre finden Sie auf unserer Homepage www.bmu-erkath.de.

INHALTSVERZEICHNIS

03 // Vorbemerkung

05 // Die Ratsarbeit 2021/2022 -

Das Haushaltssicherungskonzept kommt -

11 // Zukunftsfähige Fernwärme

13 // Angela Klinkhammer-Neufeind gibt ihr Ratsmandat ab,
Ernst Eumann rückt nach

15 // MitWIRken in der *BmU* und in der Stadtpolitik

VORBEMERKUNG

DER JAHRESBERICHT DER BMU-FRAKTION STEHT UNTER DEM EINDRUCK EINER ZUSPITZUNG DER HERAUSFORDERUNGEN. ZU IHRER LÖSUNG BRAUCHT ES MEHR AKTIVE ERKRATHERINNEN UND ERKRATHER.

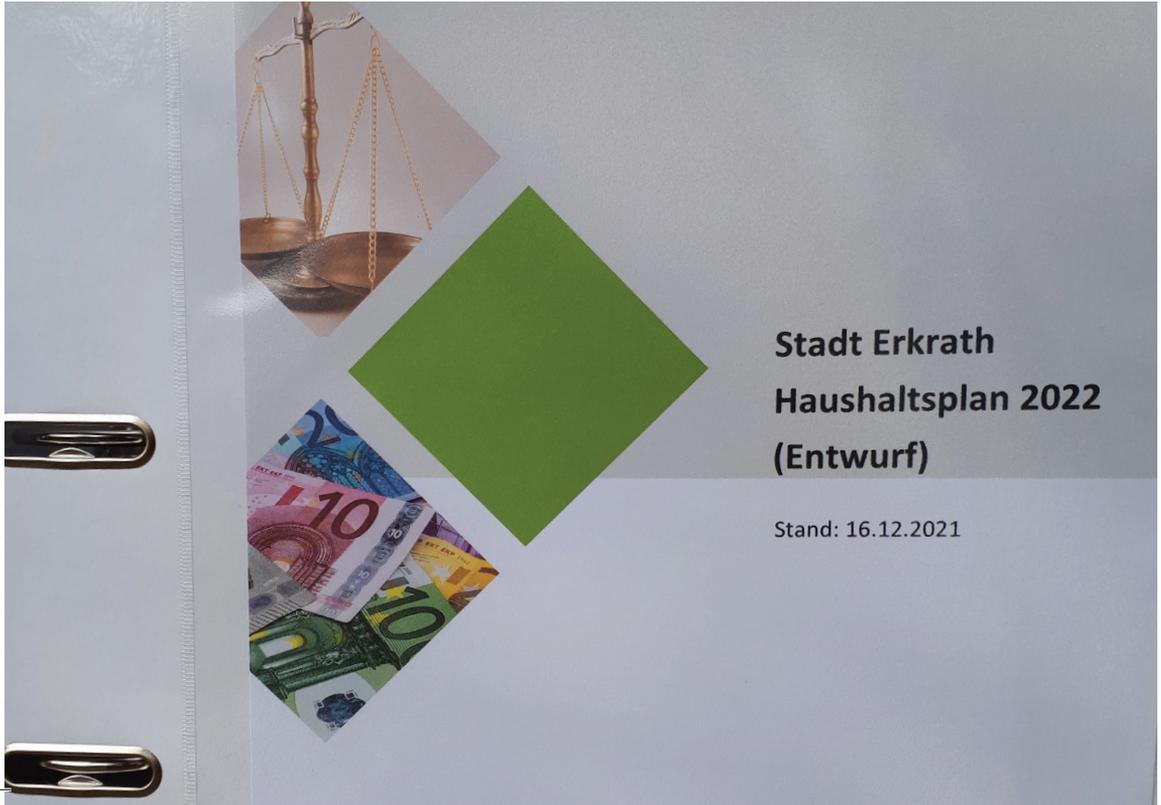
Wir haben es nicht mehr „nur“ mit einer einzigen Krise zu tun: Gleichzeitig (!) sind viele Krisen zu bewältigen

- Die **Corona Epidemie**.
- Die **Klimakrise**, als deren Symptom auch die massiven Überflutungen am 13. Juli besonders in Alt-Erkrath gelten kann, sowie die Austrocknung des Stadtweihers zeigen, dass sie unser unmittelbares Lebensumfeld „mitbestimmt“. Sie stellt Aufgaben zur Klimaanpassung (Schwammstadt), zusätzliche Aufgaben zum Artenschutz, zur Verkehrswende und zur Reduktion des CO₂-Aufkommens in unserer Stadt. Die Folge eines Antrages der *BmU* ist, dass die Stadt eine Nachhaltigkeitssatzung erarbeitet, in der neben Umwelt-, Klima-, Flächen-, Artenschutz eben auch die Finanzen zum Thema Nachhaltigkeit gehören (gegen die Stimmen von CDU und FDP wurde dies beschlossen).



Die BmU, Bürger mit Umweltverantwortung – Unabhängige Wählergemeinschaft für Erkrath e.V., ist mit sechs Mitgliedern im Stadtrat vertreten (11,93%).

- Die **Finanzkrise** Erkraths setzt sich fort. Seit 2008 konnte kein ausgeglichener Haushalt mehr vorgelegt werden. Es fehlt uns also ein wichtiger Teil der Handlungsfähigkeit, auf Krisen reagieren zu können.
- Der **Ukrainekrieg** stellt erneut Aufgaben der Unterbringung von Flüchtlingen und es drohen eine Krise der Energieversorgung sowie massive Teuerungen aller fossiler Energieträger und der Stromkosten.
- Ein **Unterbringungskonzept für Flüchtlinge fehlt** noch. Die Hinzufügung einer weiteren Einrichtung am S-Bahnhof Millrath lehnt die **BmU** ab.
- Schon vor dem Ukrainekrieg sahen wir nicht nur **exorbitante Baupreissteigerungen**, wie sie zuletzt in den 60er Jahren zu sehen waren. Wir sehen gleichzeitig bei einigen Baustoffen Lieferprobleme und steigende Energiekosten.
- Gleichzeitig gerät das **Ergebnis der Stadtwerke**, eine 100%ige Tochter der Stadt, massiv unter Druck.
- Die **Übernahme der Fernwärme** überfordert die Stadtwerke eine preisgerechte, dekarbonisierte Lösung herzustellen. Erst Recht in der Krise.



Stadt Erkrath Haushaltsplan 2022 (Entwurf)

Stand: 16.12.2021

DIE RATSARBEIT 2021/2022

DAS HAUSHALTSSICHERUNGSKONZEPT KOMMT

SCHON AUS DEN VORBEMERKUNGEN ERGIBT SICH:

DIE JEWEILIGEN RATSMehrheiten – Meistens aus CDU und SPD, angeführt vom Bürgermeister, Brennen Erkrath langfristige finanziell aus. Seit Jahren mahnt die BMU ein Haushaltssicherungskonzept (Sparen) an.

Der Jahresabschluss 2021 weist ein Ergebnis von minus 12.415.748,68 € aus, wobei noch Pensionsrückstellungen von über 2,1 Millionen Euro nicht berücksichtigt sind. Durch das Covid-Isolierungsgesetz können davon zwar 9,7 Millionen buchhalterisch isoliert werden, deren Abschreibung erfolgt dann aber ab 2026 und belastet dann jährlich fortlaufend den Haushalt.

Erst als nun der Bürgermeister für den Haushaltsplan 2022 erneute Steuererhöhungen vorschlug, zogen auch CDU und FDP die Notbremse. Sie stimmten unserem Antrag auf Erstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes zu.

Die (zu) späte Reaktion wird umso massivere Einschnitte, auch in selbstverständliche Leistungen der Stadt für ihre Bürger, nach sich ziehen. Die Stadt hat ihr Geld in der Vergangenheit nicht einfach „verschwendet“ oder in einfach zu streichende „Luxusausgaben“ gesteckt. Alles steht nun auf dem Prüfstand. Übrigens auch – am Ende, wenn alle Streichungen nicht ausreichen: auch die Steuern.

Denn eines ist klar: Ein Stopp im Klimaschutz, der Klimaanpassung, der Jugendhilfe und Schulentwicklung kommt uns

finanziell u.U. noch teurer zu stehen.

In diesem Sinne hat sich die *BmU* für die Fortsetzung des **Projektes „Zündstoff“ für schulmüde Jugendliche** eingesetzt.

Durch einen Antrag im Ausschuss für Jugendhilfe, versuchte die *BmU* die **Trägerschaft der Kita Karlstraße**, deren Realisierung sich um mehrere Jahre wegen Baumängeln im Rohbau verzögern wird, aus finanziellen Gründen **für Freie Träger** auszuschreiben, da die Landeszuschüsse dann höher sind. Dies gelang mit einer knappen Mehrheit. Allerdings ist hier insbesondere die Verwaltung mit ihrem engagierten Widerstand gegen unseren Antrag im Ausschuss aufgefallen.

Die Debatte über Leistungskürzungen und Steuererhöhungen wird eines der Hauptthemen im öffentlich tagenden Haupt- und Finanzausschuss 2022 werden. Schon jetzt haben Linke, Grüne und SPD ihre Opposition angekündigt.

Allen Bürgerinnen und Bürger stehen die Kenntnisnahme der Pläne und die Einflussmöglichkeiten offen, wie sie die Gemeindeordnung und das Ratsinformationssystem anbieten.

Verschärft wird die Situation durch erhebliche **Mindereinnahmen** bei Gebühren auf Grund der Beschlussfassung des OVG zu den kommunalen **Abwassergebühren**.

Entschieden wehrt sich die *BmU* gegen die Versuche der Stadtspitze, Beratungen und Entscheidungen intransparent in eine Fraktionsvorsitzendenrunde o.ä. zu verlegen. Dies entspricht nicht unserem Selbstverständnis, dass die kommunalpolitischen Themen auch in den in der Gemeindeordnung vorgesehenen Ausschuss-Gremien beraten und entschieden werden müssen. Das gilt auch für unsere 100 %ige Tochter Stadtwerke, wo sich solche Strukturen eingeschliffen haben. Der Versuch, insbesondere von CDU und SPD, Rederechte der Opposition zu beschränken, wurde wieder zurückgenommen. Eine Klage dagegen hätte wohl Erfolg gebracht. Die Kosten trägt mal wieder der Bürger.

Durchgeführt wird seit Kurzem die von der *BmU* lange geforderte **digitale und transparente Beschlusskontrolle**. Jetzt ist für alle Bürgerinnen und Bürger im Ratsinformationssystem einsehbar, welche Beschlüsse -wie lange schon- nicht umgesetzt sind. Aktuell sind das 91 überfällige Beschlüsse, der Älteste von 2013.

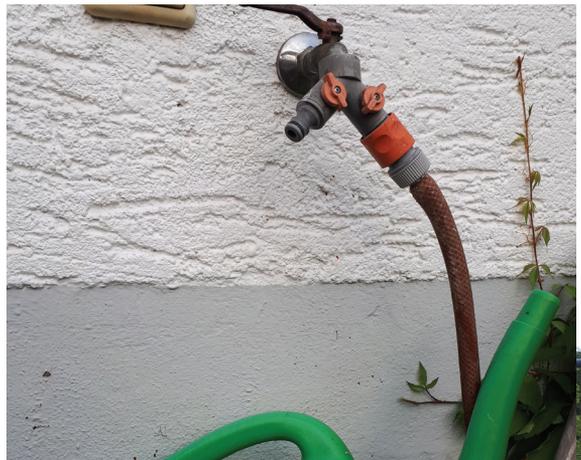
Die (nur durch den Antrag der *BmU* ermöglichte) **archäologische Untersuchung auf der Neanderhöhe** ist abgeschlossen. Der Endbericht steht aus. Klar ist: auf der Neanderhöhe wurde eine eisenzeitliche Siedlung nachgewiesen. Ein solcher Fund ist im Bereich der nieder-rheinischen Bucht nicht überraschend, auf den Höhen der Mittelterrassen Niederbergs aber selten. Eine Lücke in der Besiedlungsgeschichte Hochdahls

6



kann geschlossen werden. Der Siedlung zugehörige Grabfelder sind bis jetzt unbekannt. Vor Gericht liegt auch die nach unserer Meinung unzulässige Ablehnung eines **Bürgerbegehrens zur Neanderhöhe**.

Den ursprünglichen Konsens mit der *BmU* in der Frage der Bebaubarkeit der Neanderhöhe haben CDU und Bürgermeister mit abweichenden Vergabeentscheidungen gekündigt, welche die vereinbarte Schaffung eines Premiengewerbegebietes nicht mehr im Blick haben.



Auf Antrag der *BmU* sind nun auch **Gießwasserzähler** zur einfachen Ermittlung der Wassermengen, die nicht der Abwassergebühr unterliegen, in begründeten Fällen erlaubt. Die **Abwassergebühren** sind einer Prüfung zu unterziehen.

Schulstandort Sandheide (Campus Sandheide)

Die Planung erweist sich immer mehr als Fiasko. Völlig unverständlich ist die Wahl des Siegerprojektes, der Planer musste gewechselt werden, aber an den Plänen hält man im Grunde fest. Kein sachgerechtes pädagogisches Konzept der Grundschule ist ablesbar!

Zur Erinnerung: Das Vorhaben, die Grundschule (GS) Sandheide neu zu bauen, wurde vor mehr als 10 Jahren bereits als richtig erkannt und beschlossen. Durch das Brandereignis im Jahr 2019, wodurch die Schule vollständig zerstört wurde, bekam dieser Plan hohe Dringlichkeit. Wenn die Grundschule mit den Versicherungsleistungen neu aufgebaut worden wäre, könnte sie schon wieder vor der Betriebsaufnahme stehen! Die Errichtung der Förderschule im Verbund mit der Grundschule wirft Probleme auf, die das Gesamtprojekt verlangsamt und verteuert. Der vorhandene Platz ist nicht ausreichend für zwei Schulen. Teure und z.T. sehr umstrittene Maßnahmen (Bolzplatz auf dem Sporthallendach, nur mit Aufzug erreichbar) mit nachteiligen Folgen (u.a. Wegfall eines „normalen“ Bolzplatzes) für den Campus und das Kinderhaus

Sandheide in der Nachbarschaft sind erhebliche planerische Mängel, bei deren Durchführung, aber auch Umplanung das Gesamtprojekt in astronomische Preishöhen getrieben wird.

50 (!) Mio. Euro sind für das Projekt sind völlig abstrus und nicht leistbar!

Die *BmU* bleibt bei ihrer Ablehnung der vorliegenden Planung.

Dabei ist ein Neubau der Förderschule, die in einem baulich sehr schlechten Zustand ist, sachlich dringend geboten. Da die Mehrzahl ihrer Schüler aus Hochdahl kommt, ist der Standort Sandheide auf den ersten Blick auch optimal. Aber -neben pädagogischen Bedenken- bedarf ein Verbund mit der Grundschule, wie jetzt vorgesehen, bei den vorgegebenen Platzverhältnissen und der Nachbarschaft zum Kinderhaus Sandheide einer außergewöhnlichen planerischen und architektonischen Lösung, die mit der jetzt verfolgten Planung erkennbar nicht erreicht wird. Bei den notwendigen Nachbesserungen und exorbitanten Kostensteigerungen droht Erkrath sich zu verheben, auch wenn die Finanzierungsanteile für die Förderschule vom Kreis getragen werden.



Bei der **zentralen Feuer- und Rettungswache** ist die *BmU* zwar nach wie vor der Auffassung, dass ihr Standort nicht optimal ist, und dass dieser mit zu der Kostenexplosion geführt hat und Folgekosten nach sich zieht.

Ein Stopp dieses Projektes ist aber nach so vielen Jahren nicht mehr verantwortbar, es muss im Sinne der Sicherheit und der Feuerwehrleute endlich gebaut werden. Deswegen arbeitet die *BmU* hier konstruktiv mit und hat z.B. zur Fassadengestaltung Verbesserungen optischer Art angeregt, welche auch aufgegriffen wurden.



Der **Neubau des Gymnasiums am Neandertal** in Alt-Erkrath wird all die bisher genannten Projekte in der Bilanz noch stärker belasten und liegt auch weit über den Durchschnittskosten vergleichbarer Objekte. Immerhin können die Pläne auch aus Sicht der *BmU* als pädagogisch gelungen gelten. Schwerpunkt der Ausschusstätigkeit der *BmU* liegt darin, die im Vergleich damit weit zurückbleibende **Sanierung der anderen Schulen, insbesondere des Schulzentrums Hochdahl** anzumahnen.

8

Beim **Freiflächenschutz** schaut die *BmU* auch auf die **Hasenwiese in Millrath**, die als mikroklimatische Belüftungsfläche und als Sozialfläche nicht aufgegeben werden sollte. Die Entwicklungen in der Schullandschaft zeigen zudem, dass der Schulstandort nicht nur nicht aufgegeben, sondern möglicherweise sogar ausgebaut werden muss. Falls man die Realschule aus dem Schulzentrum z.T. hierhin auslagerte, könnte man das Raumproblem im Schulzentrum Hochdahl wirkungsvoll bekämpfen. Die jetzigen Pläne für eine Wohnbebauung auf der Hasenwiese lehnen wir daher ab.

Die *BmU* bekräftigt zugleich die **Forderung nach einer Evaluation des von der *BmU* initiierten Stadtentwicklungskonzeptes** (überfällig seit 2017).

In der **Gerhart-Hauptmann Straße** wird auf Antrag der *BmU* ein **LKW-Fahrverbot** (Anlieger frei) eingerichtet.

Die Umgestaltung des **Parkplatzes Bismarckstraße** folgt künftig einem Kompromissvorschlag aus der Feder der *BmU*-Fraktion: gleichermaßen für Fußgänger, Radfahrer und Autonutzer. Die beiden ursprünglichen Vorschläge waren aus unserer Sicht zu einseitig aus der „Auto-“ bzw. „Radfahrerbrille“ entstanden.



Nach den Vorstellungen der *BmU* sollen künftig grundsätzlich städtische Parkplätze auch für die Nutzung als **Photovoltaikflächen** zur Verfügung stehen. Auch für die Straßen in Hochdahl soll ggf. eine Überbauung mit aufgeständerten Solarthermieanlagen geprüft werden.

Seit Jahren am Ball ist die *BmU* für eine kostengünstige **Sanierung der Kattendahler Straße** an ihrem Ausbauende oberhalb der Schmiedestraße statt der Abrechnung nach BauGB, was für die **Anlieger** einen **Kostenanteil** von 90 % bedeuten würde. Die *BmU* hat die Abrechnung nach dem kostengünstigeren KAG begründet. Sie konnte zumindest einen Teilerfolg für die Fahrbahn erringen. Initiativen der Verwaltung, dass die Bürger mehr bei Straßenausbau bezahlen müssen, konnten auch auf Initiative der *BmU* hin, auf nach der Landtagswahl verschoben werden. Dort zeichnet sich die Abschaffung des bisherigen KAG ab. Die Verwaltung wurde ebenfalls auf Antrag der *BmU* beauftragt (gegen Linke und Grüne), eine sichere alternative **Radroute über Am Maiblümchen, Millrather Weg und Vennstraße** für den Radverkehr zu schaffen, indem der Bereich für LKW-Verkehr (Anlieger frei) gesperrt wird, beginnend nach dem Kreisverkehr Millrather Weg in Richtung Am Maiblümchen.

Die *BmU* versucht die **Mobilfunkversorgung** insbesondere in Erkraths Osten (u.a. Hackberg, Willbeck) zu verbessern. Dazu sind die Telekommunikationsunternehmen bisher nicht bereit, die Telekom fordert z.B. einen Sendeplatz nördlich der Bahnlinie, der primär die Eisenbahnkunden mit 5 G versorgt, aber der Bürgerschaft vor Ort wenig bringt.

Ein erstes Gutachten war zu dem Ergebnis gekommen, dass der **Stadtweiher** nicht erhalten werden kann. Die *BmU* hat aktiv unterstützt, dass nun ein zweites Gutachten in Auftrag gegeben wird, da es mehrere Anhaltspunkte dafür gibt, dass der Erstgutachter viele Einflussgrößen falsch oder gar nicht in die Abwägung einbezogen hat. Auch die *BmU* will den Stadtweiher erhalten und dies zusammen mit der Bürgerschaft erreichen.



Immerhin wurde der Radweg an der Bergischen Allee inzwischen erneuert. Dafür wäre aber eigentlich das Land NRW verantwortlich gewesen. **Das Radwegenetz in Erkrath ist grundlegend erneuerungs- und ergänzungsbedürftig.** Eine Lösung kann aber nicht sein, auf Bergischer Allee und Haaner Straße jeweils eine komplette Fahrspur für den Radverkehr abzutrennen, wie von Grünen und SPD gefordert. Gerade viele und lange Rückstaus während der Bauarbeiten an der Bergischen Allee mit nur einer Spur hatten dies aufgezeigt. Insgesamt benö-



tigen wir ein Verkehrskonzept, das statt eines Gegeneinanders der Verkehrsteilnehmer kluge Kompromisse vorsieht.

Gegen die Stimmen der *BmU* ist der **Bebauungsplan Wimmersberg** beschlossen worden. Wir kritisieren eine zu enge Bebauung, den Verzicht auf die Entlastungsstraße und Unklarheiten zum Starkregenschutz. Da die Verwaltung den

Bebauungsplan aber immer noch nicht wegen des fehlenden Energiekonzeptes veröffentlicht hat, ist offenbar doch noch „Sand im Getriebe“ und die Hektik der Beratungen in der Vergangenheit mit völlig maßlosen Vorwürfen der CDU an die Adresse der *BmU* war völlig überflüssig und stand einer gründlichen Diskussion und Abwägung im Wege. Erst nach Veröffentlichung und damit Rechtskraft des Bebauungsplanes kann weiter gebaut werden.

Zur drohenden Inbetriebnahme der gefährlichen **CO-Pipeline 2025** haben die Grünen bei der Regierungsbeteiligung in NRW maßlos enttäuscht. Im Regierungsprogramm mit der CDU ist die CO-Pipeline den Grünen noch nicht mal eine Zeile wert.



ZUKUNFTSFÄHIGE FERNWÄRME

SEIT JAHREN SETZT SICH DIE BMU FÜR FAIRE UND TRANSPARENTERE FERNWÄRME-PREISE EIN.

Die Fernwärmepreise sind überhöht. Das zeigte schon das kartellrechtliche Verfahren gegen RWE Energiedienstleistungen 2016: Im Februar 2017 verpflichtete sich innogy, 12,3 Mio. an die Kunden zurückzuzahlen, um die Einstellung des Kartellverfahren wegen Preiswucher zu erreichen.

Zwingend ist zudem, das Fernwärmenetz in Hochdahl nicht nur wegen der überbeuerten Preise, sondern auch aus Gründen einer nachhaltigen und klimafreundlichen Wärmeversorgung neu zu gestalten. Ziel ist die **Dekarbonisierung der Fernwärmeversorgung**.

Seit 2018 verhält die Anregung der *BmU*, die Möglichkeiten der Tiefengeothermie zu nutzen, ungehört. Erst 2022 wurde ein Auftrag erteilt, nachdem Fachleute die Einschätzung von Bernhard Osterwind, dass wir in Hochdahl u.U. auf günstige geologische Verhältnisse treffen, geteilt haben. Tiefengeothermie ist im Betrieb besonders kostengünstig und nachhaltig.

Der Kauf der Fernwärme im November 2021 ist aus unserer Sicht allerdings falsch und kommt zu früh. Nichts war so geheim, wie der Kauf dieses Netzes. Appelle der *BmU*, auch die künftigen Kunden in die Entscheidung einzubeziehen, verhallten ungehört. Nur FDP und *BmU* lehnten ab. Selbst Linke und Grüne stimmten zu. Offenbar rufen sie nur dann nach öffentli-

cher Beteiligung, wenn ihnen das Ergebnis nicht gefällt.

Der Fernwärme droht jetzt die von der *BmU* so genannte "Gasfalle": Kostenexplosion und zunächst ausbleibender Klimaschutz.

Setzt die Fernwärme weiter auf Erdgas - obwohl Klimaschutz und seine massive Verteuerung klar dagegensprechen? Investiert man jetzt in Blockheizkraftwerke und Solarthermie, so bremst man damit u.U. den Königsweg, die Geothermie, aus.

Die *BmU* konnte politisch keine Unterstützung finden, die Geothermie rechtzeitig von 2019 bis 2027 vorzubereiten und den aussichtsreichen Gerichtsprozess gegen EON mit deutlich mehr als 10 Millionen € Streitgegenstand bis dahin zum Erfolg zu bringen. 2027 wäre der Stadt die Fernwärme auf jeden Fall kostenfrei zugefallen.

Nach dem Konzept der *BmU* wäre die Stadt 2027 mit einer bis dahin erarbeiteten rein regenerativen Energieerzeugungsstrategie und ggf. Kapital aus dem Prozess gegen E.ON in den Umbau von Netz und Erzeugeranlagen mit einer Ausschreibung an erfahrene Betreiber gestartet. „*Wir hätten eine denkbar preiswerte und zukunftsfeste Wärmeerzeugung für Hochdahl*“ so B. Osterwind.

Stattdessen hat eine Mehrheit aus CDU, SPD, Grünen, Linken angeführt vom Bürgermeister den Prozess gegen E.ON aufgegeben und das Fernwärmenetz zu einem ungenannten Preis für die Stadtwerke gekauft. Die *BmU* warnte diese Akteure vergeblich vor der „Gasfalle“. Die jetzt gekauften (!) überalterten Anlagen mit 17% Wärmeverlust erfordern eigentlich kurzfristig eine zumindest teilweise Erneuerung der Wärmeerzeugung und ein daran angepasstes leistungsfähiges Verteilnetz. Da Biogas noch teurer und kaum zu bekommen ist, geht das aktuell „improvisiert“ nur mit Erdgas. Und daran ist man dann über mehr als einem Dutzend Jahre wirtschaftlich gebunden und kommt nur in Trippelschritten in der Zukunft zur regenerativen und preisgerechten Versorgung.

Eine sehr teure und klimaschädliche Fehlentscheidung für Hochdahl, welche die

meisten Parteien von CDU bis Linke mit dem Kauf des Fernwärmenetzes absehbar getroffen haben. „Ohne jede Strategie“ so der gravierendste Vorwurf von Bernhard Osterwind, dem Fraktionsvorsitzenden der *BmU*. Die Strategie soll jetzt erst erarbeitet werden!

Bernhard Osterwind: *“Das ist so, als ob man ein gebrauchtes Auto kauft und danach „strategisch“ überlegt: Was ist kaputt? Wer kann es reparieren? Muss ich Teile komplett ersetzen? Wie kann ich es finanzieren? Bestehe ich die Führerscheinprüfung?“*

Im Übrigen mahnt die *BmU* den nun städtischen Eigentümer des Fernwärmenetzes an, gerade jetzt für gerechte Fernwärmepreise zu sorgen. Es kann nicht sein, dass je nach Straßennamen für die gleiche Leistung unterschiedliche Preise verlangt werden. Dass der Eigenheimbesitzer den Grundanschlusswert auf den tatsächlichen Bedarf auf Zuruf nun senken kann, ist gerecht und überfällig, dass Eigentümer im Geschossbau mit Abrechnung über Quadratmeter (auch diese Einheiten werden mit einem Grundanschlusswert ab Wärmetauscher abgerechnet) das nicht erlaubt wird, aber nicht.

„Wir als Stadt Erkrath glauben, dass wir die Hochdahler Haushalte deutlich kostengünstiger und effizienter mit Wärme versorgen können.“ sagte Bürgermeister Schultz (WZ 26.04.2018). Den Worten müssen gerade jetzt Taten folgen Herr Schultz!

Weitere Gedanken zum Thema Fernwärme, u.a. zur Senkung des Grundanschlusswertes, finden Sie unter www.bmu-erkath.de: Stadtentwicklung/ Fernwärme.





AUF WIEDERSEHEN UND VIELEN DANK

ANGELA KLINKHAMMER-NEUFEIND GIBT IHR RATSMANDAT AB,
ERNST EUMANN RÜCKT NACH

Angela Klinkhammer-Neufeind hat ihr Mandat im Rat der Stadt Erkrath niedergelegt, da sie demnächst mit ihrem Mann ihren Wohnsitz nach Solingen verlegt.

Angela Klinkhammer-Neufeind ist seit 1989 ununterbrochen Ratsmitglied der *BmU*-Fraktion gewesen. Ihre Arbeitsfelder für Erkrath in den 33 Jahren sind kaum vollständig beschreibbar. Einige ihrer Ämter mögen stellvertretend für ihr

Engagement stehen: Sie war in drei Ratsperioden Fraktionsvorsitzende, Kandidatin der *BmU* für das Bürgermeister/-innenamt und Aufsichtsratsvorsitzende der EGH i.L.. Neben anderen Tätigkeiten hat sie 31 Jahre ununterbrochen ein Mandat im Aufsichtsrat der Stadtwerke innegehabt.

Bernhard Osterwind, Fraktionsvorsitzender der *BmU*, beschreibt ihre Arbeit so:

„Mit ihrer ausgleichenden, unaufgeregten, optimistischen Art hat sie oft Diskussionen vorgebracht. Ihre Hilfsbereitschaft, auch mal Veranstaltungen zu organisieren oder Vertretungen zu übernehmen war sehr groß. Sie hat Erkrath gedient. Die BmU-Fraktion wird sie vermissen. Ich bin ihr, besonders aber auch ihrer Familie, die sie oft für dieses

Ehrenamt entbehren musste, für diese lange Zeit gemeinsamer Arbeit für Erkrath sehr dankbar.“

Als Nachfolger ist Ernst Eumann von Bürgermeister Schultz vereidigt worden. Der ausgewiesene Schulfachmann der BmU kehrt damit in den Stadtrat zurück.

UNSERE RATSFRAKTION

Nach der nächsten Wahl sind wir gerne auch wieder weiblicher und jünger!

– Mach mit!



MITWIRKEN IN DER BMU UND IN DER STADTPOLITIK

DIE BMU IST EINE UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT, SIE IST OFFEN FÜR ALLE, DIE DEMOKRATISCH GESINNT SIND UND SICH FÜR DAS WOHL IHRER STADT UND BÜRGERSCHAFT EINSETZEN WOLLEN.

Sie finanziert sich ausschließlich durch Spenden, welche auf ihrer Homepage transparent ausgewiesen sind. Dabei handelt es sich überwiegend um Spenden ihrer Ratsmitglieder, die einen Großteil ihrer Aufwandsentschädigung für die Arbeit der *BmU* spenden.

Sie bietet die einfache Möglichkeit der Partizipation:

MitWIRKEN in der *BmU*

► in der *BmU* für die Stadt...

Die *BmU*-Fraktion lädt ein:

► zur Mitarbeit in den Fraktionssitzungen, diese sind i.d.R. öffentlich und digital (Mal Reinschnuppern? - bei Interesse Email an bmu@bmu-erkrath.de)

► zur Mitarbeit als Sachkundiger Bürger in den Ausschüssen des Rates und im Aufsichtsrat Stadtwerke

► oder ganz praktisch (an Informationsständen, bei der Erstellung und Verteilung von Informationsmaterialien, beim Karnevalsumzug, beim Dreck-Weg-Tag, beim Plakatekleben, ...)





WIR SIND ERKRATH – SOWIE DU – AUCH.

Christian Ritt
Vorsitzender *BmU*

[ch.ritt@
bmu-erkath.de](mailto:ch.ritt@bmu-erkath.de)



Bernhard Osterwind
Fraktionsvorsitzender *BmU*
Erkrath, Bergstraße 13
Tel.: 02104/46506

bmu@bmu-erkath.de

IMPRESSUM

Gedruckt auf PEFC zertifiziertem Papier
Text: Bernhard Osterwind und Christian Ritt, Design: S. Droit
Fotos: B. Osterwind, A. Tenter, C. Ritt

